



Für soziale und umweltgerechte Energiepreise

Maßnahmen gegen
die Energiekrise

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Liebe Leserin,
lieber Leser!

Die Energiepreise steigen unaufhaltsam. Familien mit geringem Einkommen geraten in finanzielle Nöte. Und wer kaum Geld übrig hat, kann sich auch keine teuren Energiespargeräte leisten. Dass das Arbeitslosengeld II nicht längst deutlich aufgestockt wurde, ist deshalb ein Skandal. Entspannung ist nicht in Sicht. Öl und Gas werden

immer knapper und die weltweite Nachfrage steigt rasant.

Die kartellartigen Strukturen in der Ölbranche führen zu aberwitzigen Profiten bei den Konzernen. Im Stromsektor ist das nicht anders. Das »Monopol hinter der Steckdose« beeinflusst die Preise beliebig, behindert den Wettbewerb und erschwert die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien. Die Zeche zahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Bundesregierung tut wenig, um etwas an der Situation zu ändern. Sie schützt die Energiekartelle zulasten der Bürgerinnen und Bürger. So wurde die staatliche Aufsicht über die Strom- und Gaspreise abgeschafft und der Bau weiterer kohlebefeuerteter Großkraftwerke stärkt die Monopolisten.

Um die Energiepreise im Zaum zu halten, müssen die Energiepreise wirksam kontrolliert und die maßlosen Gewinne der Konzerne besteuert werden. DIE LINKE fordert deshalb eine effektive Preisaufsicht bei Strom und Gas, verpflichtende Sozialtarife für Haushalte mit kleinem Einkommen, die Rekommunalisierung der Energieversorgung und eine Überführung der Netze in die öffentliche Hand. Denn Energie muss dem Gemeinwohl dienen und nicht dem Profitinteresse einzelner Konzerne.

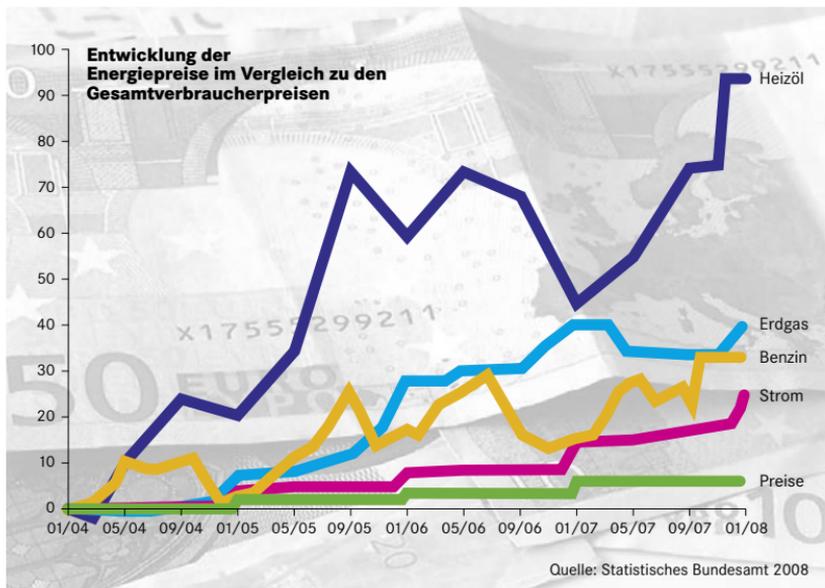
Hans-Kurt Hill
Energiepolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE

Explosion der Energiepreise

Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland erleben zurzeit die teuersten Heizperioden der Nachkriegsgeschichte. Die jährliche Mehrbelastung durch gestiegene Kosten beim Heizen, aber auch bei Strom und Sprit macht mittlerweile den Gegenwert von bis zu zwei Monatsmieten aus. Gleichzeitig stiegen die Löhne in den letzten Jahren kaum an. Die jährliche Teuerung gegen gerechnet, sind die Einkommen sogar gesunken. Das heißt für viele Privathaushalte: Es geht ans Eingemachte. Wird eine warme Wohnung zum Luxus?

Nebenkosten werden zur zweiten Miete

In den letzten Jahren hat die sich hochdrehende Preisspirale an Tempo erheblich zugelegt. Von Januar 2004 bis Anfang 2008 stiegen die Strompreise um 25 Prozent. Sprit und Erdgas verteuerten sich um bis zu 40 Prozent. Heizöl kostet heute fast doppelt so viel wie vor vier Jahren. Im Schnitt ist Haushaltsenergie um 50 Prozent teurer geworden. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Energie stiegen damit achtmal stärker als die sonstigen Verbraucherpreise, obwohl die Bürgerinnen und Bürger insgesamt immer sparsamer mit Energie umgehen.

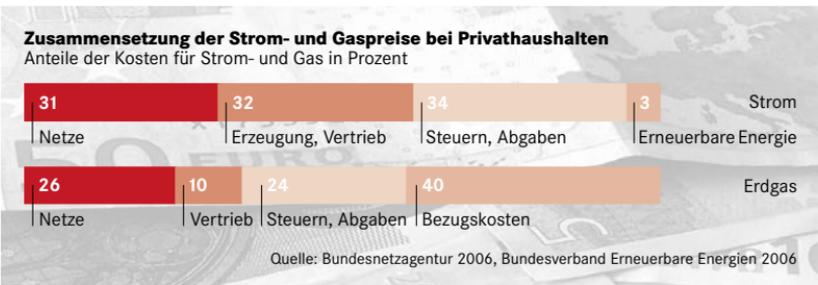


Monopoly aus der Steckdose

Die Preise für fossile Energiequellen wie Rohöl und Erdgas sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Doch das allein rechtfertigt nicht die absurden Preiserhöhungen bei Strom, Heizung und Spirit hierzulande.

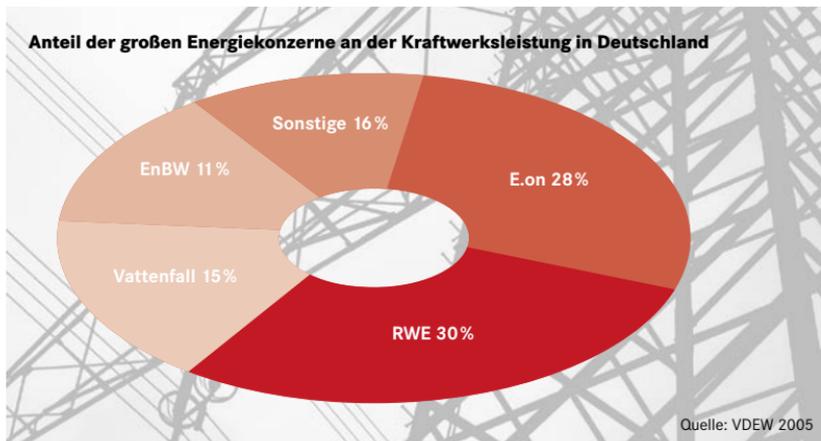
Beispiel Strom

Die Brennstoffkosten im Kraftwerk machen nur zehn Prozent der Stromrechnung aus. Die Stromsteuern schlagen sich zwar mit gut einem Drittel auf der Rechnung nieder. Sie wurden aber in den vergangenen Jahren nicht erhöht. Nur die unsinnige Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent Anfang 2007 durch die Merkel-Regierung rechtfertigte einmalig einen Anstieg der Preise um 2,5 Prozent. Gleichwohl profitiert die Bundesregierung auch jetzt über die Mehrwertsteuer erheblich von den massiv gestiegenen Strompreisen: Je höher die Stromrechnung, desto höher ist der Anteil der Steuer. Anstatt den gebeutelten Stromkunden das Geld aber zurück zu geben, saniert der Finanzminister damit seinen Haushalt. Den geringsten Anteil am Strompreis hat die Abgabe für erneuerbare Energien. Nur drei Prozent entfallen auf die Förderung von Solar- und Wind- und Bioenergie, welche zum Teil bereits jetzt kostengünstiger den Strom liefern als manche Kohle- und Gas-kraftwerke.



Was ist also die Ursache für die Preistreiberei am Energiemarkt? Es sind die Energiekartelle: Die vier Konzerne RWE, E.on, Vattenfall Europe und EnBW erzeugen 80 Prozent der Elektrizität und besitzen fast alle Grundlast-Kraftwerke. Darüber hinaus sind sie alleinige Eigentümer der großen Stromnetze. Damit verfügen die privaten Energieversorger über ein »Oligopol«, wie man die Markt beherrschende Stellung durch eine kleine Gruppe nennt.

Anteil der großen Energiekonzerne an der Kraftwerksleistung in Deutschland



Tricksereien und Abzocke

Die Konzerne machen den Marktpreis für Strom am teuersten Spitzenlast-Kraftwerk fest. Diese Kraftwerke springen immer nur dann an, wenn kurzzeitig viel Energie gebraucht wird. So produzieren marode Braunkohleblöcke und gefährliche Atommeiler preiswerte Grundlast-Energie, die dann aber zu Höchstpreisen auf den Markt gebracht wird. Das ist in etwa so, als würde für alle Äpfel auf dem Wochenmarkt immer das teuerste Preisschild gelten – egal, ob das Obst wurmstichig ist oder nicht.

Elektrizität wird an der Strombörse gehandelt. Dort halten die Monopolisten das Angebot knapp, weshalb der Strompreis zu Spitzenzeiten im Vergleich zum Durchschnittspreis um bis zu 30 Prozent überhöht ist. Für die Konzerne rechnet sich das: Die Gewinne aus knappem Strom sind höher als die Kosten für das kurzfristige Stilllegen eines Kraftwerks. Allein das bescherte RWE & Co. Sondergewinne von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Mit den Stromnetzen wird ebenfalls Kasse gemacht. Die Übertragungsnetze liegen komplett in den Händen der vier großen Strommonopolisten. Jährlich nehmen sie über 20 Milliarden Euro an Netzgebühren ein. Nur rund zehn Prozent davon werden aber wieder in die Netze investiert. Der Rest wandert in die Kassen der Konzerne, die damit kleine Stadtwerke aufkaufen oder milliardenschwere Übernahmen finanzieren.



Noch einmal bis zu zehn Milliarden Euro jährlich stecken die Energieversorger durch den Emissionshandel in die eigene Tasche. Um den Ausstoß von Klimagasen einzuschränken, dürfen die Konzerne nur noch begrenzte Mengen Kohlendioxid (CO₂) in die Luft blasen. Dazu bekommen sie von der Bundesregierung in Form von Zertifikaten so genannte Verschmutzungsrechte zugeteilt. Und das weitgehend kostenlos. Nur neun Prozent dieser Zertifikate werden an die Unternehmen versteigert.

Die Energieversorger geben aber auch den weitaus größeren Teil an geschenkten Zertifikaten einen Marktwert und schlagen ihn auf den Strompreis auf. Die Milliarden-Einnahmen verbuchen sie als »unerwartete Gewinne«. Verbraucherschützer fordern deshalb von der Bundesregierung, die ungerechtfertigten Gewinne zu besteuern. Die Einnahmen sollen an die Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgegeben werden, indem stärker in eine nachhaltige Energiewirtschaft und den Klimaschutz investiert wird.

Skrupellose Gas- und Öl-Monopole

Beim Erdgas ist die Situation noch problematischer. Der Konzern E.on Ruhrgas allein kontrolliert die Hälfte des Marktes. Ein wesentliches Problem ist hier, dass der Preis des Erdgases an den rasant steigenden Preis des Mineralöls gekoppelt ist. Mit einem halben Jahr Verzögerung wird der Gaspreis an den des Öls angepasst, auch wenn die Förder- und Vertriebskosten gleich bleiben. Dabei werden Preisanstiege offenbar schneller übernommen, als Senkungen, wenn der Ölpreis vorübergehend nachgibt. Dieses Relikt aus den Anfängen der Erdgaswirtschaft sollte eine stabile Preisentwicklung garantieren. Jetzt sichert es den Energieversorgern Milliardenprofite mit Hilfe der Krisenressource Öl.

Auch die Tatsache, dass der Preis für Sprit an den Zapfsäulen und für Heizöl ab und an sinkt, hängt mit der Abhängigkeit vom knappen Öl zusammen. Diese verleitet zu Spekulationen an den Märkten. Allein die Vermutung, dass sich die Krisensituation im Nahen Osten verschärfen oder Wirbelstürme die Ölproduktion bremsen könnte, treibt die Preise kurzfristig hoch. Entspannt sich die Situation, sinken sie wieder auf Marktwert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geht davon aus, dass ein Viertel des Preises von momentan 100 Dollar je Fass Öl spekulative Gewinne sind. Dennoch ist keine Besserung in Sicht. Das DIW hält es für möglich, dass Rohöl in zehn Jahren bereits bei 200 Dollar steht. An der Zapfsäule würde Superbenzin dann bis zu vier Euro kosten. Die Profiteure stehen fest: Die vier größten Ölgesellschaften Exxon-Mobil (Esso), BP (Aral), Shell und Total, die in Deutschland den Markt beherrschen, machen im Jahr 2006 zusammen einen Reingewinn von über 100 Milliarden Euro – eine unvorstellbare Summe.

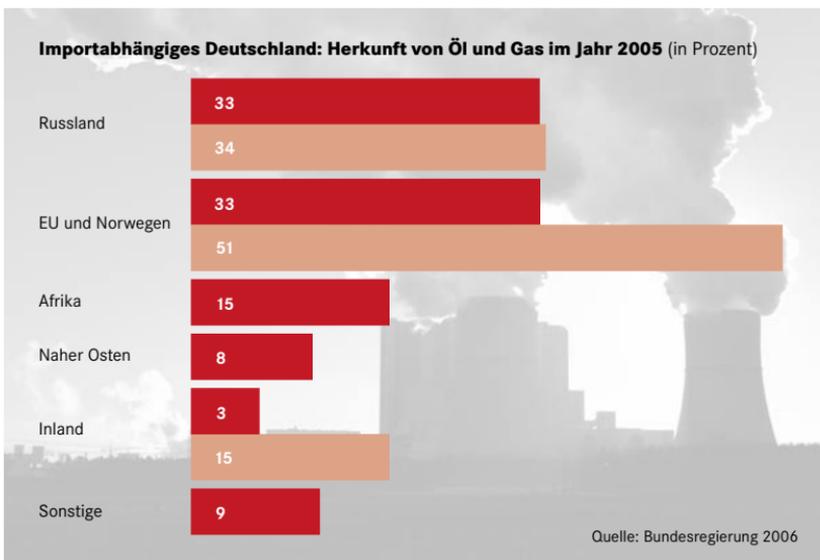


Energie-Irrsinn der Bundesregierung

Deutschland ist abhängig von wenigen Importländern. Gas und Öl kommen jeweils zu mehr als einem Drittel aus Russland. Ein weiteres Viertel des Öls kommt aus den Krisenregionen im Nahen Osten und in Afrika. Alle anderen Importe kommen aus europäischen Nachbarländern, obwohl Europa selbst von Einfuhren abhängig ist und die EU-Vorräte bald zur Neige gehen.

Die Bundesregierung tut wenig, um sich der fossilen Droge zu entziehen. Sie schlägt sich auf die Seite der Autolobby, die weiter an Sprit fressenden Autos festhält, und mit einer zusätzlichen Gaspipeline durch die Ostsee wird sogar die Abhängigkeit von Russland erhöht. Anstatt auf effiziente Energietechniken und erneuerbare Energien zu setzen, billigt die Merkel-Regierung den Bau neuer, klimaschädlicher Kohleblöcke. Mit der Anhebung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007 stiegen die Energiepreise für die Bürgerinnen und Bürger noch einmal an. Gleichzeitig werden aber zahlreiche Konzerne von der Energiebesteuerung befreit.

Fazit: Es gibt genug Spielraum, um sicherzustellen, dass Energie bezahlbar bleibt. Dazu müssen aber die Energiepreise besser kontrolliert und die maßlosen Gewinne der Konzerne besteuert werden. Die Energieversorgung muss dem Wohl aller Menschen und nicht dem Profit weniger Konzerne dienen.





Neue Energie

Das Preisdiktat des Energiekartells und die Abhängigkeit von den knappen und klimaschädlichen Energiefossilien (Braun- und Steinkohle, Öl und Gas) kann nur beendet werden, wenn die Energieversorgung grundlegend umgebaut wird. Und die Zeit drängt: Wollen wir den Folgen des Klimawandels und der hochdrehenden Ölpreis-Spirale spürbar entgegenwirken, muss innerhalb der nächsten Jahre konsequent gehandelt werden.

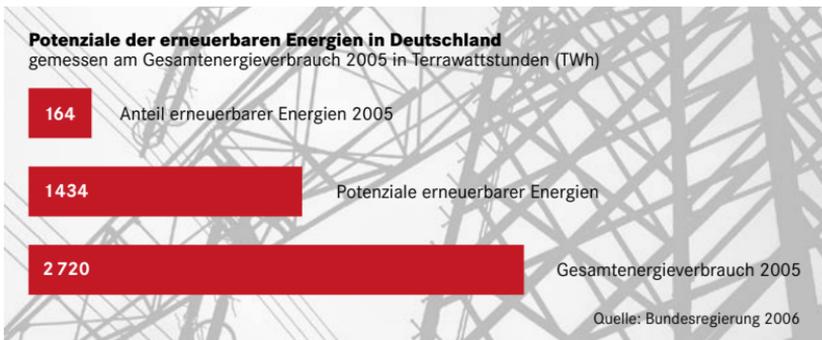
Eine Struktur mit wenigen Großkraftwerken zementiert einen monopolartigen Strommarkt und verführt zum Missbrauch. Deshalb wird uns auch Braunkohle- und Atomstrom immer teuer zu stehen kommen. Ohnehin ist Braunkohle besonders klimaschädlich und zerstört wertvolle Kulturlandschaften. Die Atomenergie ist in der Nutzung unbeherrschbar und hinterlässt gefährlichen Strahlenmüll.

Die Abhängigkeit von knappem Öl und Gas aus wenigen Lieferländern treibt nicht nur die Energiepreise hoch, sondern zwingt Deutschland zunehmend auch in internationale Konflikte und behindert eine glaubwürdige Friedenspolitik.

Für die zukünftige Energieversorgung müssen wir deshalb konsequent auf Energieeinsparung, die Steigerung der Energieeffizienz und auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzen. Durch den verantwortungsvollen Umgang mit Strom, Wärme und Kraftstoffen kann der Energieverbrauch halbiert werden. So reicht das Potenzial von Wind, Wasser, Sonne, Bioenergie und Erdwärme weitgehend zur Deckung des Energiebedarfs.

Dass das funktioniert, ist keine Frage:

- Durch moderne Wärmedämmung können Altbauten bis zu 75 Prozent der Heizenergie einsparen. Neubauten können im »Passivhaus-Standard« gänzlich ohne aktive Heizung auskommen.
- Mit Kraft-Wärme-Kopplung kann die eingesetzte Energie viel wirksamer genutzt werden als mit Großkraftwerken, weil Strom und Wärme gleichzeitig verwendbar sind und die Erzeugung dort stattfindet, wo die Energie auch gebraucht wird.



- Die erneuerbaren Energien sind ausgereift und können herkömmliche Kraftwerke ohne weiteres ersetzen. Über moderne Netze klug zusammengeschaltet, liefern sie Tag und Nacht stabil Strom.
- Heimisch erzeugter Strom aus Wind, Sonne und Biomasse wird immer wirtschaftlicher und sorgt bereits jetzt für sinkende Strompreise.
- Während in der herkömmlichen Energiewirtschaft bis zum Jahr 2020 mindestens 50 000 Arbeitsplätze verloren gehen, entstehen im gleichen Zeitraum im Bereich der erneuerbaren Energien bis zu 300 000 neue Stellen.

Für soziale und umweltgerechte Energiepreise

DIE LINKE im Bundestag fordert konkrete Schritte:

Preisaufsicht der Bundesländer über die Strom- und Gasktarife. Die Energieversorger sollen über die Zusammensetzung ihrer Preise transparent berichten und einen Sozialtarif für Privathaushalte mit geringen Einkommen verpflichtend einführen.

Offenlegung der Stromhandelspreise, um Missbrauch durch Energieversorger zu unterbinden. Es reicht offensichtlich nicht, den Wettbewerb am Strommarkt mit Hilfe einer behördlichen Regulierung der Strom- und Gasnetze zu organisieren, wie es die Bundesnetzagentur versucht.

Rekommunalisierung der Energieversorgung. Strom und Wärme sollen wieder in der Verantwortung der Stadtwerke erzeugt werden. Die großen Konzerne sollen ihre Beteiligungen, mit denen sie Regionalversorger an sich ketten, wieder abgeben.

Unbürokratische Heizkosten-Zuschüsse für Haushalte mit geringen Einkommen. Das Wohngeld berücksichtigt bisher nur »kalte« Nebenkosten. Auch die HartzIV-Sätze müssen den gestiegenen Belastungen angepasst und von derzeit 345 Euro auf mindestens 435 Euro erhöht werden.

Besteuerung von Extragewinnen der Stromversorger aus dem Emissionshandel. Langfristig sollen Verschmutzungsrechte ausnahmslos an die Energiekonzerne versteigert werden. Bis dies EU-rechtlich möglich ist, sollen sie einer Extrasteuer unterliegen. Die zusätzlichen Einnahmen sollen für den Energiekostenausgleich armer Haushalte sowie zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energie verwendet werden.

Stärkung des Verbraucherschutzes. Dazu sollen neben dem Mitspracherecht von Verbraucherschutzverbänden Beschwerde- und Schlichtungsstellen für die Strom- und Gasmärkte geschaffen werden. Damit wird dem Verbraucherschutz eine stärkere und rechtlich abgesicherte Stellung gegeben.



Klimafreundlichen Verkehr bezahlbar machen. Der Mehrwertsteuersatz im Bahn-Fernverkehr muss von 19 auf sieben Prozent gesenkt werden. Mehrwertsteuereinnahmen, die aus Preisen von mehr als 1,40 Euro je Liter für Benzin (Diesel 1,30 Euro) resultieren, sollen direkt in die Finanzierung zur Verbesserung des Angebots des öffentlichen Personennahverkehrs fließen.

Der Weg zur Arbeit muss bezahlbar bleiben. Pendlerinnen und Pendler mit geringem Einkommen erhalten einen direkten finanziellen Ausgleich pro Entfernungskilometer für die steigenden Benzinpreise.

Klare Regeln für mehr Effizienz. Einführung ordnungsrechtlicher Maßnahmen zur konsequenten Senkung des Energieverbrauchs. Dazu gehört eine Verbot Energie verschwendender Geräte und Maschinen sowie eine Energieeffizienzpflicht für die Industrie. Privathaushalte sollen einen Anspruch auf Mietminderung erhalten, wenn Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs von Hauseigentümern nicht wirksam umgesetzt werden. Die Automobilindustrie ist zu Verbrauchsobergrenzen für Kraftfahrzeuge zu verpflichten.

Investitionsprogramm zur Förderung der Energieeffizienz. Ein mit jährlich rund einer Milliarde Euro ausgestatteter Energiesparfonds unterstützt die energetische Altbausanierung und Maßnahmen zur Strom- und Wärmeeinsparung im Kleingewerbe und in privaten Haushalten.

Förderung erneuerbarer Energien verstärken. Verdoppelung der Mittel im Bundeshaushalt zur Förderung von erneuerbaren Energien in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Pilotvorhaben, Markteinführung und Exportförderung.

Dem Energiekartell ein Schnippchen schlagen

Hilfreiche Tipps zur Senkung der Energiekosten

Stromwechsel

Mittlerweile gibt es zahlreiche Stromanbieter auf dem deutschen Markt. Und viele, auch Ökostromproduzenten, sind deutlich günstiger als die Monopolisten. Der Stromwechsel ist inzwischen sehr einfach: Neuen Anbieter anrufen und den aktuellen Stand und die Nummer des Zählers mitteilen. Man bekommt dann den Vertrag zugesandt. Den Papierkram mit dem alten Versorger erledigt der neue Stromanbieter.

Doch welcher Energieversorger ist am günstigsten oder klimafreundlichsten, und wo findet man ihn? Schließlich gibt es über 7500 verschiedene Stromtarife in Deutschland. Wer einen Internet-Zugang besitzt, hat es leicht. Hier gibt es zahlreiche Preisvergleiche, und der Anbieterwechsel kann oft online durchgeführt werden. Die Strompreisrechner funktionieren einfach: Postleitzahl und geschätzten Stromverbrauch eingeben, und schon bekommt man eine Liste der Anbieter und deren Preise. Man findet sie beispielsweise beim Verbraucherportal www.verivox.de.

Telefonisch helfen die Verbraucherzentralen vor Ort oder die zahlreichen Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen bei der Suche nach dem richtigen Energieanbieter.

Mit Hilfe der Stromrechnung kann man noch mehr tun: Entscheidet man sich für einen Ökostrom-Anbieter, unterstützt man den Ausbau heimischer erneuerbarer Energien und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ökostrom trägt nicht nur zur Senkung der Strompreise bei, er bremst auch den Klimawandel und beschleunigt den Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie.

DIE LINKE unterstützt deshalb die Stromwechsel-Kampagne »Atomausstieg selber machen«, die von zahlreichen Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden getragen wird. Mehr Informationen dazu gibt es unter www.atomausstieg-selber-machen.de.

Heizkosten senken

Achtung, Mogelpackung! Sowohl Strom- als auch Gasanbieter locken auch mit so genannten »Festpreis-Angeboten«. Wer darauf eingeht, bindet sich für längere Zeit an vergleichsweise hohe Preise. Saison bedingt sinkende Preis und die Bemühungen der Bundesnetzagentur, die Netzkosten zu senken, zahlen sich dann für die Kundinnen und Kunden nicht aus.



Wenn Sie die letzte Gaspreiserhöhung Ihres Energieversorgers nicht nachvollziehen können oder für nicht gerechtfertigt halten, können Sie Einspruch einlegen und die Zahlung des erhöhten Preises verweigern oder nur gegen Vorbehalt leisten. Dazu sollte man sich aber vorher bei der Verbraucherzentrale beraten lassen.

Ein Wechsel des Gasanbieters lohnt sich momentan nur in wenigen Städten, da der Wettbewerb auf dem Gasmarkt nur schleppend in Gang kommt. Vielmehr lohnt es sich, clever zu heizen:

- Die Heizkörper nicht abdecken oder mit Möbeln verstellen, damit sie ihre ganze Wärme ungehindert abgeben können.
- Thermostate am Heizkörper nicht voll aufdrehen. Sie regeln die gewünschte Temperatur automatisch. Wenn es zu kühl ist, reicht es meist, sie einen Skalenstrich weiterzudrehen.

- Die Fenster beim Heizen nicht in Kippstellung bringen. Das sorgt kaum für Luftaustausch und kühlt die Wände aus. Zum Lüften die Fenster zwei- bis dreimal täglich vollständig für wenige Minuten öffnen, möglichst auf Durchzug. So wird nur die verbrauchte Luft ausgetauscht. Wichtig: Beim Lüften die Heizung auf Null stellen.
- Fragen Sie Ihren Vermieter, wann die Heizungsanlage das letzte Mal gecheckt wurde. Regelmäßige Wartung und Reinigung senken den Verbrauch um bis zu zehn Prozent.
- Fordern Sie den Vermieter auf, eine Energieberatung durchführen zu lassen und Ihnen einen »Bedarfs-Energiepass« vorzulegen. Der Pass soll anzeigen, welche Energiesparungen noch möglich sind, und nicht bloß den Verbrauch der vergangenen Jahre auflisten.
- Sind Sie selbst Hausbesitzer, informieren Sie sich über Förderprogramme. Viele energetische Sanierungsmaßnahmen machen sich durch staatliche Zuschüsse bereits nach kurzer Zeit bezahlt.
- DIE LINKE bietet unter www.linksfraktion.de/energie Musterschreiben an Energieversorger und Vermieter an und hilft bei der Suche nach weiteren Energiesparmöglichkeiten.

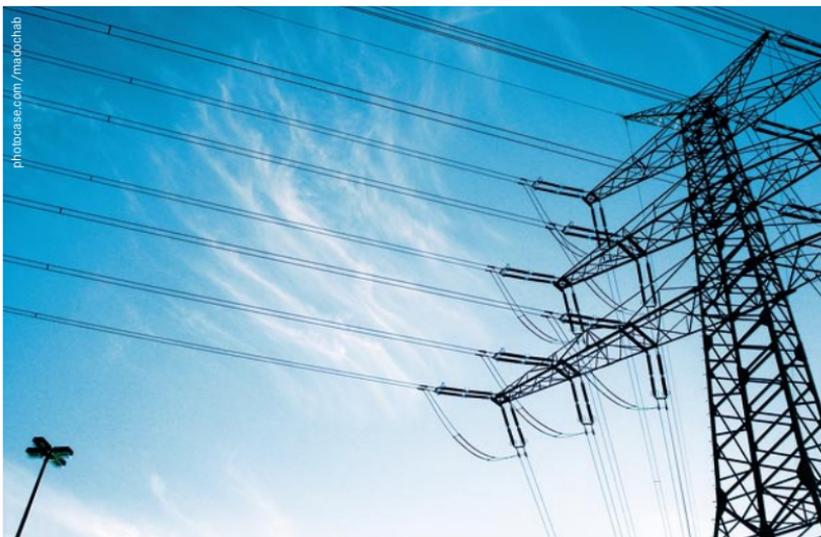
 www.linksfraktion.de/energie

Stromsparer kaufen

Fragen Sie beim Kauf von Elektrogeräten nach deren Stromverbrauch. Nicht immer informieren Hersteller und der Einzelhandel von sich aus über den Energieverbrauch neuer Geräte, obwohl sie dazu verpflichtet sind. Verbraucherschutzverbände mussten schon mehrfach Unternehmen abmahnen, weil sie Geräte nicht richtig kennzeichneten. Stromsparer haben mindestens die Kennzeichnung A, bei äußerst geringem Verbrauch sogar A++.

Was viele Verbraucherinnen und Verbraucher überrascht: Neue Geräte verbrauchen mitunter mehr Strom als alte. So ist die Stromrechnung bei Plasmafernsehern gegenüber Röhrengeräten um bis zu 80 Euro pro Jahr höher. Wenn Ihnen zum Energieverbrauch keine genaue Auskunft gegeben wird, sollten Sie misstrauisch werden.

Viele Geräte verbrauchen auch dann Strom, wenn sie ausgeschaltet sind. Dieser so genannte Stand-by-Betrieb bei Fernseher, Waschmaschine und Stereo-Anlage kostet einem Privathaushalt im Schnitt 150 Euro im Jahr. Deshalb empfiehlt es sich, beim Kauf eines Gerätes genau nachzufragen, ob es auch wirklich abschaltet. Wenn sich ein Stand-by-Betrieb nicht vermeiden lässt, sollte der Verbrauch weniger als 1 Watt pro Stunde betragen. Auch abschaltbare Steckdosen oder ganz einfaches Steckerziehen lösen das Problem.



Links – für soziale und umweltgerechte Energiepreise

EcoTopTen

Ranglisten besonders Strom sparender Produkte vom Öko-Institut: **www.ecotopen.de**

Liste besonders sparsamer Haushaltsgeräte vom Niedrig-Energie-Institut: **www.spargeraete.de**

Verbraucherzentrale Bundesverband

Informationen unter **www.vzbv.de**

oder per Telefon 030/2 58 00-0 und E-Mail info@vzbv.de

Überblick über die Verbraucherzentralen der Länder

www.verbraucherzentrale.info

Ökostrom-Hotline

www.atomausstieg-selber-machen.de

und 800/762 68 52 (kostenfrei)

Bund der Energieverbraucher

www.energieverbraucher.de oder per Telefon 022 24/92 27-0

und E-Mail info@energieverbraucher.de

(Beantwortung von Anfragen nur bei Mitgliedschaft)

Deutsche Umwelthilfe

www.duh.de oder per Telefon 030/2 58 98 60

und E-Mail info@duh.de

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

www.bund.net oder per Telefon 030/2 75 86 40 und

E-Mail bund@bund.net

DIE LINKE. im Bundestag

www.linksfraktion.de/energie per Telefon 030/22 77 24 77

und E-Mail energie@linksfraktion.de

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktionsschluss: 21. Januar 2008

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de